

DRINGLICHES POSTULAT

Urheber UDC, durch Grégory Logean, und AdG/LA, durch Emmanuel Amoos
Gegenstand Damit wieder Ruhe einkehrt: Übertragung der Verantwortung für die DUW an ein anderes Regierungsmitglied
Datum 10.12.2019
Nummer 6.0109

Aktualität des Ereignisses

Am 6. Dezember haben wir erfahren, dass die Walliser Staatsanwaltschaft auf Anzeige der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates im Zusammenhang mit den Enthüllungen des ehemaligen Chefs der Dienststelle für Umwelt (DUW), Joël Rossier, ein Ermittlungsverfahren aufgenommen hat. Auch der Datenschutzbeauftragte und die entsprechende Kommission reichen Strafanzeige ein.

Unvorhersehbarkeit

Die rechtlichen Schritte infolge der Übermittlung der Unterlagen waren nicht vorhersehbar. Es handelt sich ausserdem um eine Premiere für die für Transparenz verantwortlichen Behörden.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Unter diesen Umständen ist es dringend notwendig, dass wieder etwas Ruhe in die Kantonsverwaltung einkehrt.

Die Affäre rund um die Verschmutzung im Oberwallis und die zahlreichen Wendungen schaden der Glaubwürdigkeit unserer Institutionen.

Vergangenen Freitag haben wir erfahren, dass die Walliser Staatsanwaltschaft auf Anzeige der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates im Zusammenhang mit den Enthüllungen des ehemaligen Chefs der Dienststelle für Umwelt (DUW), Joël Rossier, ein Ermittlungsverfahren aufgenommen hat. Auch der Datenschutzbeauftragte und die entsprechende Kommission reichen Strafanzeige ein.

Die GPK führt in ihrem letzten Bericht aus: «Da ihre Untersuchungen weitere mögliche Unzulänglichkeiten innerhalb des DMRU in Bezug auf die DUW ans Licht gebracht haben, wird die GPK zu einem späteren Zeitpunkt einen weiteren Bericht verfassen, der sich mit sämtlichen vom abtretenden Chef der DUW aufgeworfenen Punkten befasst, wie dies vom Parlament gewünscht wurde.»

Unter diesen Umständen ist es dringend notwendig, dass wieder etwas Ruhe in die Kantonsverwaltung einkehrt.

Schlussfolgerung

Mit dem vorliegenden Postulat wird dem Staatsrat vorgeschlagen, für die Dauer der Ermittlungen und Untersuchungen die Verantwortung für die DUW einem anderen Mitglied des Regierungskollegiums zu übertragen.